Das feinste Aroma hat gerösteter
Karlsbader Kaffee!
Höchster Extractgehalt!
Max Thürmer, Dresden, Feilbach-Strasse 18.

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang.
Aufl. 56,000 Stück.
Dresden, 1893.

Meyer's Reisemäntel, Joppen für Herren und Knaben.
Schlafrock-Meyer, Frauenstr. 8 u. 10.

Grösstes Schuhlager Dresdens
Sachs. Schuhmacherei Voigt jetzt Altmarkt
Laden und 1. Stock

Zur Reise
empfiehlt: Reise-Koffer und Taschen mit und ohne Einrichtung, Reise-Necessaires, Reise-Apotheken und Reise-Besteck-Etuis, Courier- und Gürtel-Taschen, Plaidhüllen etc.
Bernhard Rüdiger,
3 Wilsdruffer Strasse 3, nahe dem Altmarkt.

Tapeten.
Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.
Tapeten.

Sämmtliche Neuheiten
in
Rock-, Hosen- u. Anzug-Stoffen
empfiehlt in grösster Auswahl
Wilh. Böhme, Tuchhdlg., Scheffelstr. 6.

Mit Rückgratsverkrümmung
Behaftete finden durch Anwendung meiner gesetzl. gesch. Supporter-Corsets in den meisten Fällen noch sichere Heilung ihres Leidens.
Königl. Hofl. Bandagist
Carl Wendschuch, Trompeterstr. 8.

Nr. 187. Spiegel: Die Thronrede über die Deckung der Militärvorlage. Hofnachrichten, Elektrische Straßenbahn, Sonderzug nach Wien, Distanzradfahrt, Polizeibericht, Wahlabend im Telegraphenamt, Gerichtsverhandlungen, Tagesgeschichte. | **Donnerstag, 6. Juli.**

Politisches.

Die Reichstagsthronrede bestätigt die allgemeine Annahme, daß die erste Tagung der neugewählten Volksvertretung in der Hauptsache nur zur Erledigung der Heeresreform bestimmt sein soll. Die verbündeten Regierungen, heißt es in der kaiserlichen Ansprache, werden davon absehen, die Session mit anderen „umfassenden" Vorlagen zu „beschweren". Schon aus äußeren Gründen erscheint diese Beschränkung geboten. Die gegenwärtige Jahreszeit ist am wenigsten geeignet, die Arbeitskraft der Parlamentarier auf längere Zeit in Anspruch zu nehmen. Die Tagung im Juli, gerade in dem Monate, wo der längere Aufenthalt in der Reichshauptstadt nicht die mindeste Annehmlichkeit bietet, ist nur durch die unumgängliche Dringlichkeit und die eminente Wichtigkeit der zu lösenden Aufgabe gerechtfertigt. Jede Erweiterung des Arbeitspensums über den Rahmen der Wehrvorlage hinaus hätte zur Folge gehabt, daß auch der gegenwärtige Reichstag, wie seine Vorgänger, schon in seiner frühesten Kindheit der chronischen Krankheit der Beschlußunfähigkeit anheim gefallen wäre, die dazu angethan ist, das Ansehen des Parlaments von vornherein zu schmälern. Ob diese Erwägung seitens der verbündeten Regierungen mit in Rücksicht gezogen wurde, als sie sich entschloß, den Reichstag nur mit der Militärvorlage zu befassen, mag dahingestellt bleiben. In der Thronrede wird als Grund hierfür angeführt, daß die Entscheidung über den Gesetzentwurf, der allein vorgelegt wird, mit thunlichster Beschleunigung erfolgen und daß deshalb dem Reichstag ermöglicht werden müsse, seine Arbeitskraft „ungetheilt" der Militärvorlage zuzuwenden. Mit Recht wird zur Begründung hervorgehoben, daß einerseits der im nächsten Frühjahr bevorstehende Ablauf des Septennats, andererseits die bedenklichen Folgen eines weiteren Hinausschiebens der Heeresverstärkung die Beschleunigung der Beschlußfassung fordern. Schon die diesjährige Rekruteneinstellung müsse auf der neuen Grundlage vorgenommen werden, weil eine Versäumniß dieses Termins der Einstellung sich auf mehr als zwei Jahrzehnte zum Nachtheile unserer Wehrkraft fühlbar machen würde.

So zutreffend auch der Hinweis auf die Nothwendigkeit einer raschen Erledigung der Militärvorlage ist, so könnte man sich doch nicht damit einverstanden erklären, wenn die Thronrede den Satz: der Reichstag solle „ungetheilt" seine Arbeitskraft der Heeresverstärkung zuwenden, in dem Sinne aufgefaßt wissen will, daß jedes Eingehen auf die Deckungsfrage ausgeschlossen sein soll. Die Thronrede macht mit der Bemerkung, daß die Deckungsfrage „den Gegenstand fortgesetzter Erwägungen" bilde, indirekt das Zugeständniß, daß die verbündeten Regierungen bezw. Herr v. Maltzahn sich darüber noch nicht haben klar werden können, in welcher Weise die Mittel gedeckt werden sollen. Von keiner Seite war im Laufe der Wahlbewegung die Forderung erhoben worden, die Reichsregierung solle schon in der gegenwärtigen Tagung vollständig ausgearbeitete Steuerprojekte gleichzeitig mit der Militärvorlage dem Reichstage zur Entscheidung unterbreiten. Aber die Erwartung hatte man fast überall gehegt und ausgesprochen, daß der Reichskanzler jetzt wenigstens im Stande sein würde, die Grundlinien der nothwendig gewordenen neuen Steuerprojekte anzugeben, insoweit vor Allem, daß sich unzweideutig erkennen ließ, ob durch die geplanten Steuern nach wie vor die minder bemittelte Bevölkerung getroffen werden würde oder ob man gewillt sei, die neuen Lasten vorwiegend auf die leistungsfähigen Steuerklassen abzuwälzen. Der vorige Reichstag hat bei der allgemeinen Erörterung der Maltzahn'schen Steuervorlagen, insbesondere der vorgeschlagenen Erhöhung der Branntweinsteuer und der Verdoppelung der Biersteuer, nicht den geringsten Zweifel gelassen, daß dieser Weg, die Deckungsfrage zu lösen, der großen Mehrheit des Volkes als verfehlt erscheint. Seitdem ist mehr als ein halbes Jahr verflossen. Man konnte wahrhaftig annehmen, daß die Reichsfinanzverwaltung inzwischen Zeit genug gehabt hätte, ihre „fortgesetzten Erwägungen" insoweit abzuschließen, als sie sich klar wurde über das Prinzip der Deckung. Diese Annahme war um so gerechtfertigter, als aus den Reihen derjenigen Parteien heraus, die für die Militärvorlage votirt haben, laut und vernehmlich genug auf den allein gangbaren Weg verwiesen worden ist. Aber Graf von Caprivi und seine Umgebung scheinen nichts, gar nichts davon gehört zu haben, daß das Geld für die Durchführung der Militärvorlage in erster Linie von der Börse und den reichen Klassen genommen werden soll, und daß ein für das Schicksal der Wehrvorlage sehr beachtlicher Theil der neuen Reichstagsmitglieder — nicht nur Antisemiten — die Entscheidung von der vorherigen grundsätzlichen Erledigung der Deckungsfrage abhängig machen wird. Die Thronrede enthält auch nicht einen Fingerzeig, welche Steuerprojekte zur Deckung herangezogen werden sollen. Völlig dunkel bleibt, nach welcher Richtung und in welchem Sinne die „Erwägungen fortgesetzt" werden. Wendungen wie „Mittel nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit und unter thunlichster Schonung der Steuerkraft" sind so vieldeutig, so nichtssagend, daß sich dabei Jeder denken kann, was ihm beliebt. Obendrein wird noch versichert, daß die Steuergesetzentwürfe, die dem verflossenen Reichstage vorgelegen haben, nach der Ueberzeugung des Kaisers und seiner „hohen Verbündeten" „zweckmäßig" sind. Diese „Zweckmäßigkeit" wird nachher aber wieder fraglich gemacht, indem versprochen wird, daß der Grundsatz, den die Regierung bei der Lösung der Deckungsfrage berücksichtigen wolle, „noch vollständiger" als in jenen Vorlagen zum Ausdruck gelangen solle. Wie dieser Grundsatz beschaffen ist, darüber fehlt freilich jeder Aufschluß.

In der Thronrede tritt das ersichtliche Streben zu Tage, die Deckungsfrage möglichst in den Hintergrund treten zu lassen. Das Gegentheil davon wird vielleicht erreicht werden. Die überaus wichtige Frage, wie die gewaltigen Kosten für die Heeresverstärkung dauernd bestritten werden sollen, wird bei den bevorstehenden Reichstagsberathungen den Mittel- und den Kernpunkt der Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der Regierungen und den Führern der einzelnen Parteien bilden. Wie unzureichend seine parlamentarische Taktik ist, hat Graf von Caprivi von Neuem dadurch bewiesen, daß er die Opposition gegen die Wehrvorlage stärkt, indem er nach wie vor darauf besteht, die Heeresvermehrung losgelöst von der Deckungsfrage zu behandeln und sich in derselben freie Hand zu behalten. Nicht einmal dahin hat er sich schlüssig gemacht, die bestimmte Erklärung abzugeben, daß auf alle Fälle von der Brausteuer- und der Branntweinsteuer-Erhöhung Abstand genommen werden soll. Es liegt sehr nahe, auf den Unterschied hinzuweisen, der auch hier den neuen von dem alten Kurse trennt, der jederzeit den gesunden Grundsatz befolgte, bei Mehrforderungen für irgend welche Zwecke zugleich die Mittel anzugeben, wie diese Mehrforderungen bestritten werden sollen. Als vor 6 Jahren nach der Auflösung des Reichstages wegen der Septennatsfrage das neue Parlament zusammentrat, wurde in der Thronrede ausdrücklich die bestimmte Erklärung gegeben, daß die damalige Militärvorlage ihre Kostendeckung in der Branntweinsteuer finden würde. Die Parole des jetzigen Reichskanzlers scheint dagegen zu sein: Bewilligt erst die Soldaten, woher wir das Geld dafür nehmen, wird sich später finden. Das ist alles Andere, als ein kluges Verhalten einer Volksvertretung gegenüber, die sich bewußt sein dürfte, welche Lasten ihre erste Bewilligung für die Steuerzahler zur Folge haben wird.

In dem Schlußpassus der Thronrede, welcher einen warmen Appell an das nationale Pflichtbewußtsein der Reichstagsabgeordneten enthält, findet sich der schöne Grundsatz: „Die Nation ehrt Diejenigen, welche für das Werk unserer Einigung Gut und Blut eingesetzt und das Vaterland einem politischen und wirthschaftlichen Aufschwung zugeführt haben, welcher, wie er den Zeitgenossen zum Stolz und zur Freude gereicht, den nachkommenden Geschlechtern, wenn sie im Geist der Väter weiterbauen, des Reiches Größe und Glück verbürgt." Ein herrlicher Gedanke wird hiermit ausgesprochen, dessen Verwirklichung jeder nationalgesinnte Patriot seit drei Jahren ersehnt hat und ganz besonders auch heute wieder erhofft. „Im Geiste der Väter weiter bauen", das heißt: zweifellos einmal: Vor keinem Opfer zurückschrecken, welches die Sicherung des Vaterlandes verlangt. „Im Geiste der Väter weiterbauen" heißt aber auch: dem Volke klar und offen sagen, wie man am schonendsten die Opfer von ihm nehmen will. „Im Geiste der Väter weiterbauen" heißt endlich: zurückkehren zu dem Kurs, der in dem glorreichen Heroenzeitalter Kaiser Wilhelm I. und des Fürsten Bismarck mit starker Hand und mit Siegeszuversicht gesteuert wurde. Lo—.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 5. Juli.

Berlin. Reichstag. Eingegangen ein schleuniger Antrag auf Einstellung der gegen Abg. Dr. Hermann Müller in Glogau schwebenden Strafverfahren. Die Präsidentenwahl findet durch Stimmzettel statt. Der bisherige Präsident v. Levetzow wird mit 310 von 319 abgegebenen Stimmen wiedergewählt; 4 Stimmen erhält Dr. Lieber, 2 Dieden und 1 Rintwardt. 2 Zettel sind unbeschrieben. Präsident v. Levetzow nimmt die Wahl dankend an. Er werde redlich bemüht sein, die Pflichten seines Amtes zu erfüllen. Die Fehler, die er sicherlich noch machen werde, könne er nicht mehr mit Unerfahrenheit entschuldigen. (Heiterkeit); er müsse also um die Nachsicht des Hauses bitten. Er wolle ein aufrichtiger und unparteiischer Mann sein und auch an dieser Stelle nach seinen schwachen Kräften dem Vaterlande dienen. Man möge mit ihm, so wie er sei, vorlieb nehmen (Beifall). Präsident v. Levetzow dankt sodann dem Alterspräsidenten Dieden für seine Mühewaltung und veranlaßt das Haus, diesem den Dank durch Erheben von den Plätzen zu bekunden. Zum 1. Vicepräsidenten wird Frhr. v. Buol (Centr.), zum 2. Vicepräsidenten Dr. Bürklin (nat.), Ersterer mit 200 von 313, Letzterer mit 226 Stimmen gewählt; zu Schriftführern endlich wurden per Akklamation gewählt Meebach (Rp.), Dr. Kropatscheck und Holleufer (kons.), Dr. Sigl (nl.), Braun und Krebs (Centr.), Dr. Hermes (freis.) und v. Cegielski (Pole). Damit ist das Haus konstituirt. Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. Anträge, betreffend die Einstellung von schwebenden Strafverfahren gegen die Abgg. Dr. Müller-Frankfurt, Schulze und Weber; 1. Berathung der Militärvorlage.

Berlin. Im Reichstage ist die Bildung einer wirthschaftlichen Vereinigung im Gange, welche die Interessen der Landwirthschaft, gemäß den Bestrebungen des Bundes der Landwirthe, der Industrie und des Handwerkes entschieden zu vertreten entschlossen ist.

Berlin. Der preußische Landtag ist heute im Weißen Saale des Schlosses durch den Kaiser in feierlicher Weise geschlossen worden. Die Thronrede sagt im Eingange: Am Schluß einer langen und arbeitsvollen Tagung und der ersten fünfjährigen Legislaturperiode des Landtages Meiner Monarchie, gereicht es Mir zur Genugthuung, Ihnen meine Anerkennung für Ihre erfolgreiche Thätigkeit auszusprechen. Dank Ihrem bereitwilligen und verständnißvollen Zusammenwirken mit Meiner Regierung hat diese Sitzungsperiode zu Ergebnissen von grundlegender Bedeutung und dauerndem Werthe geführt. Als solche Ergebnisse werden sodann aufgeführt: Die Vereinigung Helgolands mit Preußen, die neue Landgemeindeordnung, die Ueberweisung der Anstaltspflege für Geisteskranke, Taubstumme und Blinde an größere Verbände, die Erleichterung der Volksschullasten, Besserstellung der Volksschullehrer, die Bereitstellung der Mittel zur Durchführung der Reform des höheren Schulwesens, Ausgestaltung des Staatsbahnwesens, das Kleinbahngesetz und vor Allem die Reform der direkten Steuern, deren Wirksamkeit wie folgt resumirt wird: Im Anschluß an die Neuregelung der Einkommen- und Gewerbesteuer befreien die Reformgesetze den Grund- und Gewerbebesitz von der Doppelbesteuerung, ergänzen die Einkommensteuer durch eine mäßige stärkere Heranziehung des Besitzeinkommens im Verhältniß zum Arbeitseinkommen unter ausgiebiger Berücksichtigung der Minderbemittelten und der persönlichen und Familienverhältnisse und vertheilen die öffentlichen Lasten lediglich nach Maßgabe der Steuerkraft; sie gewähren den Gemeinden ihrer wirthschaftlichen Natur entsprechend, ergiebige und sichere Steuerquellen. Der Rechnungsabschluß des vergangenen Jahres hat sich günstiger gestaltet, als zu erwarten war. Weiter heißt es: Zu Meinem Bedauern haben umfangreiche Landestheile namentlich in der westlichen Monarchie infolge der anhaltenden Dürre an Stroh- und Futtermangel zu leiden. Meine Regierung hat ohne Verzug Anordnung zur Abhilfe getroffen und vertraut auf die kräftige Mitwirkung der kommunalen Verbände. Es wird auch ferner ein Gegenstand Meiner landesväterlichen Fürsorge sein, der Landwirthschaft bei dieser und anderen Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen hat, zu Hilfe zu kommen. Nicht Alles hat zum Abschluß gebracht werden können, was in der Legislaturperiode geplant worden war. Aber der Rückblick auf ihre Ergebnisse ist sowohl um dieser selbst willen, als insbesondere auch deshalb ein erfreulicher, weil das Erreichte auf dem patriotischen Geiste beruht, dem das Wohl des Vaterlandes das höchste Ziel ist. Ich schöpfe daraus die Zuversicht, daß es auch in Zukunft gelingen wird, den Aufgaben gerecht zu werden, welche in immer steigenderem Maße hervortreten, daß der Kampf der Meinungen und Interessen nur in jenem Geiste geführt und der Frieden im Lande gemehrt werde. Das walte Gott!

Berlin. Die Militärvorlage wird nicht erst an eine Kommission verwiesen, die zweite Lesung soll am Dienstag stattfinden, sodaß Ende nächster Woche der Schluß der Session erfolgen kann. Wie es heißt, stimmen die Polen bis auf zwei für die Vorlage. — Die Centrumsfraktion hat den Grafen Hompesch zu ihrem Vorsitzenden gewählt und beschlossen, den Antrag auf Wiederzulassung der Jesuiten unverweilt einzubringen.

* **Berlin.** Das Centrum hat beim Reichstage den Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes eingebracht.

Berlin. Ueber die deutsch-spanischen handelspolitischen Beziehungen wird mitgetheilt, daß Deutschland seit dem 1. Juli ds. J. Zölle auf die spanische Einfuhr nach dem Generaltarif erhebt. Die Verhandlungen zwischen Deutschland und Spanien dauern jedoch mit der Maßgabe fort, daß nur über den Handelsvertrag selbst, nicht aber weiter über ein provisorisches Abkommen verhandelt werden soll. — Die Reichskommission für die Arbeiterstatistik hat die Anträge Siegle auf Vornahme einer Lohnstatistik und auf Ermittelungen über die Benutzbarkeit der vorhandenen Arbeitsnachweisstellen zur Klärung der Frage der Arbeitslosigkeit abgelehnt. — Im Reichstage traten heute Vormittag 78 Mitglieder der deutschkonservativen Fraktion, der deutschen Reichspartei und der Nationalliberalen unter dem Vorsitz des Abg. v. Ploetz zusammen, um über den Plan einer wirthschaftlichen Vereinigung zu berathen. Die Einladung zu dieser Besprechung hatten die Herren v. Ploetz, Dr. v. Frege, v. Kardorff und Frhr. v. Maltzahn erlassen. Nach einstündiger Debatte wurde die Bildung der wirthschaftlichen Vereinigung beschlossen mit der Ausdehnung auf alle wirthschaftlichen Gebiete und eine Kommission (v. Ploetz, Enneccerus, v. Kardorff, Lutz, Liebermann v. Sonnenberg) zur Ausarbeitung der Satzungen eingesetzt. Später soll eine große Versammlung behufs Beitritt anderer Fraktionen stattfinden.

Berlin. Der Einbrecher, der im April ds. J. den Diebstahl beim sächsischen Gesandten Graf Hohenthal und außerdem noch viele andere Einbrüche bei hochgestellten Persönlichkeiten mit größter Kühnheit verübt hat, ist in der Person des ehemaligen Schreibers Wilhelm Kringel in Wittenberg verhaftet worden, wo er als Schauspieler beim dortigen Theater mitwirkte; es werden ihm noch viele andere größere Diebstähle in anderen Städten zur Last gelegt.

Berlin. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht die kaiserliche Verordnung, durch welche die Ausfuhr von Heu, frischen und getrockneten Futterkräutern, Stroh und Häcksel über sämmtliche Grenzen gegen das Ausland bis auf Weiteres verboten wird. Der Reichskanzler ist ermächtigt, Ausnahmen von diesem Verbot zu gestatten und etwa erforderliche Kontrolmaßregeln zu treffen. Die Verordnung tritt mit heute in Kraft.

Erfurt. Der Sergeant Foyer vom 71. Regiment wurde wegen schwerer Soldatenmißhandlung zu 8 Monaten Festungshaft und Degradirung verurtheilt.

Wilhelmshaven. Das Panzerfahrzeug „Brummer" lief heute Morgen in den Hafen ein mit einem gestern in der Nordsee wegen verbotenen Fischens gekaperten englischen Fischerboote.

Trier. Der Bergmann Warken hat das Vorstandsamt beim Rechtsschutzverein jetzt freiwillig niedergelegt. Das Organ des Rechtsschutzvereins „Schlägel und Eisen" geht ein.

Bonn. Der unlängst flüchtig gewordene Inspektor des hiesigen Schießplatzes hat 120,000 Mk. unterschlagen.

Paris. Die meisten Blätter verlangen auf das Nachdrücklichste die endliche Entlassung des Polizeipräfekten, welche allein eine Beruhigung der Gemüther herbeiführen könne. Andere Blätter lassen den Polizeipräfekten ganz aus dem Spiele und schreiben die Schuld an der gefahrvollen Situation lediglich dem Ministerpräsidenten zu. Die von dem Kriegsminister aus den Vorstädten hierher beorderten Kavallerieabtheilungen sind heute früh hier eingetroffen. Die Sozialistenführer haben die Pariser Deputirten im Municipalrathe aufgefordert, sich in Permanenz zu erklären. — Trotz des Regenwetters haben sich seit dem Morgen zahlreiche Neugierige auf den Boulevards angesammelt. Die berittene republikanische Garde verhindert alle Zusammenrottungen. Bisher ist es zu keinen Zwischenfällen gekommen.

Paris. Die Regierung verlangt von der Kammer den Aufschub jeder Interpellation über die letzten Vorkommnisse, bis die Ruhe wieder hergestellt ist. In Paris sind 16,000 Mann Kavallerie zusammengezogen. Man nimmt an, daß der Charakter der Bewegung sich geändert habe, daß man es nicht mehr mit Unruhen erregter Studenten, sondern mit sozialistischen und anarchistischen Unruhen wegen der befürchteten Schließung der Arbeiterbörse zu thun hat. Die Thore werden bewacht, um den Zuzug auswärtiger Sozialisten abzuhalten.

* **Paris.** Nachmittags herrschte im Quartier latin Ruhe. Die Umgebung der Arbeiterbörse zeigte das gewöhnliche Ausleben. Die Abtheilungen der Arbeiterbörse setzten die Arbeit fort.

Rom. König Humbert übersandte an Kaiser Wilhelm eine Sammlung großer Marineaufnahmen, darunter Photographieen sämmtlicher italienischer Schlachtschiffe.

Athen. Der Kanal von Corinth wurde gestern, nachdem am Montag die Schleusen geöffnet worden waren, zum ersten Mal von einem Kriegsschiff durchlaufen. Die Probe gelang ohne Zwischenfall.

Petersburg. Am Montag erschien ein früherer Seminarist, 25 Jahre alt, kränklichen Aussehens und auf Krücken gehend, in der Wohnung des Oberprokuratoren des heiligen Synods Pobedonoszew und wünschte denselben zu sprechen, als der Oberprokurator erschien, machte der Seminarist den Versuch, ihm einen Messerstich zu versetzen, wurde aber sogleich von einem Diener am

Pfund's Kerzenfreie Kindermilch (Kuhmilch). Trocken · haltbar. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 79.